

Politik

DP: „Straßenkarte für den Finanzplatz“

Die Liberalen haben gestern ein Gesamtkonzept vorgelegt, wie Banken- und Fondsgesellschaften den fortschreitenden Wandel am Finanzplatz bestehen könnten. Eine Alternative zur dominanten Rolle des Sektors sieht man nicht. Die schwindende Rolle der Banken dürfe man nicht als Fatalität hinnehmen, sagte Parteichef Claude Meisch: „In der jetzigen Situation können wir es uns nicht erlauben, den Sektor zu beschneiden“. Meisch kritisierte die in seinen Augen falsche Politik der Regierung, die die Banken besonders belaste: „Man hätte sich erwartet, dass die Regierung stabilisierende Signale aussendet. Aber das Steuerpaket geht komplett in die entgegengesetzte Richtung“. Das DP-Konzept für die Zukunft der Finanzbranche in Luxemburg heißt: „Straßenkarte für den Finanzplatz“. Das ohnehin schon angegriffene Image des Finanzplatzes Luxemburg dürfe nicht noch weiter beschädigt werden. Dennoch ist die DP gegen einen automatischen Austausch von Bankkunden Daten zwischen den nationalen Steuerverwaltungen. Anfreunden kann man sich jedoch mit einer Transaktionssteuer, wie sie derzeit auf dem europäischen Parkett diskutiert wird. Diese dürfe nur nicht auf Luxemburger oder europäischer Ebene eingeführt werden, sondern in allen großen Finanzzentren der Welt, hieß es.

Handwerkerverband sieht Jobs in Gefahr



Die „Fédération des Artisans“ als Verband der 70 000 Handwerker im Großherzogtum übte gestern harsche Kritik an der Arbeit der Regierungskoalition. (Foto: Marc Wilwert)

Das luxemburgische Handwerk läuft Sturm. Durch einen höheren Mindestlohn, die bald fällige Indexranche, die höhere Beiträge zur Krankenversicherung u.a. stünden insgesamt bis zu 5 000 neue und bestehende Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Der Handwerkerverband hat sich gestern zu Wort gemeldet und die nationale Krisenpolitik der CSV-LSAP-Koalition stark unter Beschuss genommen. In einer Zeit, da viele Firmen mit

massiven Problemen konfrontiert seien, beschleie die Regierung über den unveränderten Index, den höheren Mindestlohn und höhere Lohnnebenkosten die Arbeit um knapp sieben Prozent binnen eines Jahres zu verteuern.

„Wir fühlen uns auf den Arm genommen“, so der Präsident der „Fédération des Artisans“, Norbert Geiben. Die Regierung schiebe dringende Probleme auf die lange Bank und tue nichts, um die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu stärken.

Bei insgesamt 70 000 Beschäftigten im Handwerk würden durch die genannten Umstände und Maßnahmen

sowie durch neue steuerliche Belastungen und Investitionskürzungen rund 5 000 Arbeitsplätze gefährdet, sei es dadurch, dass Stellen gar nicht erst geschaffen werden oder schlimmstenfalls abgebaut werden müssen.

Der Handwerkerverband fordert daher u.a. das Aussetzen der Indexranche sowie die baldige Anpassung des Index-Warenkorbes und die Deckelung des Indexes auf das anderthalbfache des Mindestlohnes. Außerdem dürfe der Mindestlohn zum ersten Januar 2011 nicht angepasst werden, der Arbeitgeberanteil bei den Sachleistungen der Krankenkasse müsse dagegen gedeckelt werden. //

Wirtschaft

Frieden: Befinden uns in schwerer Krise

Finanzminister Luc Frieden hat bei der Präsentation des neuen „Luxembourg Business Compass“ in einem Gastvortrag energisch auf die derzeit herrschende „schwere Krise“ hingewiesen. Ein kleines Land wie Luxemburg dürfe sich jetzt keine Fehler erlauben, vor allem da hierzulande 80 Prozent der Steuereinnahmen aus dem Finanzsektor stammten. Eine Situation wie in Griechenland, Spanien oder Portugal wolle er als Finanzminister nicht erleben. Frieden verteidigte in seiner Rede den Euro als „stabile Währung“ und stellte sich außerdem hinter die europäischen Hilfsmaßnahmen für in Schwierigkeiten geratene Euroländer. Luxemburg verschenke in diesem Zusammenhang kein Geld an Griechenland; das Geld werde vielmehr verliehen, um zu helfen, stellte der Minister klar. Frieden kam auch auf den nationalen Krisenplan zu sprechen. Es seien vor allem Ausgaben beim Staat gekürzt worden. Die Krisensteuer und die Erhöhung der Solidaritätssteuer bezeichnete der Minister als temporär. Ernsthaftige Sorgen mache er sich über die Finanzierung der Sozialsysteme. Von einem notwendigen Wachstum von fünf Prozent sei man weit entfernt. Bereits in zwanzig Jahren drohten Schwierigkeiten: „Die Rentenproblematik ist längst kein Problem mehr für unsere Kinder, sondern für uns selbst.“

Eine Melodie geht auf Reisen

Rund 3 000 Musiker begeben sich am 4. Juni – 25 Jahre nach Unterzeichnung des Schengener Abkommens – auf eine Art musikalischen Staffellauf. Über Schengen und Trier nach Saarbrücken lassen Chöre, Orchester und Bands eine kleine, volkstümliche Melodie auf Plätzen, Schiffen und in Zugwaggons erklingen, um Grenzen zu überwinden. Glaubt man dem Komponisten Martin Folz, ist die Melodie so einfach, dass sie jedes Kind mitsingen kann. //

➔ www.quattropole.org

Shopping-Zentrum Liwingen: vieles unklar



Um das geplante Stadion mit Einkaufszentrum in Liwingen gab es bereits viel Aufregung. Vor allem die Handelskonföderation sowie die Städte Luxemburg und Esch/Alzette befürchten negative Auswirkungen auf ihren Einzelhandel. Fest steht allerdings bislang nur, dass etwa 80 000 Quadratmeter Verkaufsfläche mit rund 28 000 Quadratmetern Outlet-Store entstehen sollen.

Mittelstandsministerin Françoise Hetto-Gaasch (CSV) wies nun darauf hin, dass die Erteilung einer Handlungsgenehmigung davon abhängt, ob es bereits zu viele Geschäfte der geplanten

Art gebe oder nicht. Dafür muss der Promotor noch Details liefern.

Infrastrukturminister Claude Wiseler (CSV) betont derweil, dass das Projekt mit dem IVL und den sektoriellen Plänen der Landesplanung kompatibel sei. Die Gemeinde Roeser habe eine Anfrage zur Umklassierung des Terrains von einer „zone verte“ zu einer „zone spéciale“ eingereicht, so Wiseler. Im „Plan sectoriel paysages“ liege das Terrain nicht in einer sensiblen Zone.

Der Promotor plant, dass das Stadion sich durch das Einkaufszentrum finanzieren soll. //

Schmit: Kein massiver Stellenabbau bei Diekirch

Nachdem die Investmentgesellschaft Saphir Capital Partners einen Vertrag mit der Brasserie de Luxembourg s.a. geschlossen hat, um die Brauerei in Diekirch und das zugehörige Gelände zu kaufen und dann zurückzuvermieten, stellt sich die Frage, was mit den rund 60 Beschäftigten vor Ort geschehen wird.

In den vergangenen Tagen hatten die neuen Investoren und die Brasserie in einem Schreiben mitgeteilt, dass die Braugesellschaft Eigentümerin der Produktionsanlage bleiben, ihre Brauaktivitäten in Diekirch fortsetzen und für Verkauf, Marketing, Vertrieb und Verpackung der Marken Diekirch und Mousel zuständig sein werde.

Am Rande der parlamentarischen Arbeitskommission sagte gestern Ressortminister Nicolas Schmit (LSAP) dem Radiosender DNR, man sehe keine Gefahr, dass massiv Arbeitsplätze in Diekirch abgebaut werden sollten. Darum gehe es gar nicht, sondern vielmehr um einen Plan de maintien dans l'emploi. Das bedeute, es könne Anpassungen geben, aber global betrachtet blieben die über 60 Stellen, die im Falle einer Schließung des Standorts Diekirch verschwunden wären, erhalten.

Am heutigen Freitag soll eine Unterredung zwischen der Direktion des Braukonzerns und den Gewerkschaften stattfinden. //



Redaktion:

Andreas Adam (aa)
Christian Mohr (c-mo)
Marc Thill (mt)
Francis Verquin (fv)

Telefon: (+352) 4993 - 2424
E-mail: news@point24.lu

Anzeigen:

Telefon: (+352) 4993 - 9000
E-mail: regie@saint-paul.lu

Verteilung:

Telefon: (+352) 4993 - 2429
E-mail: distribution@point24.lu